Zusammenbruch einer Welt

Objekttyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Neujahrsblatt / Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen**

Band (Jahr): **135 (1957)**

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Zusammenbruch einer Welt

Mit Blitzeseile verbreitete sich am 9. April 1940 in unserer Stadt die Nachricht vom völlig unerwarteten Einfall deutscher Truppen in Dänemark und Norwegen. Wer eine Offensive an der deutsch-französischen Front erwartet hatte, sah sich einmal mehr – wenigstens vorläufig – getäuscht; doch stand die neueste Kriegsausweitung ohne Zweifel im Zusammenhang mit den westlichen Plänen Hitlers, sonst hätte der nach Flankendeckung zielende Übergriff auf den Norden militärisch keinen Sinn gehabt. Konnte der Erfolg dieses kühnen militärischen Abenteuers gegen zwei schwach gerüstete Kleinstaaten an sich nicht überraschen, so erregten doch die Umstände, unter denen dieser neue Sieg Hitlers errungen wurde, grösstes Aufsehen in allen vom Krieg noch nicht berührten Ländern. Viel deutlicher noch als im Polenfeldzug zeigte sich die Tatsache, dass die Deutschen, bevor sie den eigentlichen militärischen Angriff auslösten, durch die Fünfte Kolonne, die im Feindesland gedungenen Verräter, das organisatorische und moralische Gefüge des anzugreifenden Staates nach Möglichkeiten zu beeinträchtigen suchten. So gelang es dem sprichwörtlich gewordenen norwegischen Major Quisling und seinen Genossen, wichtige Kommandostellen noch vor dem deutschen Einmarsch unter ihre Kontrolle zu bringen und im übrigen die Einsatzbereitschaft zu lähmen.

In diesen bewegten Tagen stellte man sich überall in der Schweiz, vornehmlich aber in Basel, die Frage, ob auch die schweizerische Landesverteidigung im Ernstfall durch eine Verräteraktion bedroht werden könnte. Die Frage musste bejaht werden, wenn auch die Reichweite und die Aktionsmöglichkeiten der in der Schweiz eingesetzten Fünften Kolonne wohl von vielen überschätzt wurde. Nach den polizeilichen Beobachtungen waren nur die wenigsten der hier ansässigen deutschen Nationalsozialisten genügend ausgebildet und ausgerüstet, um mit Erfolg eingesetzt zu werden. Als die Ausländer verpflichtet wurden, ihre Schusswaffen abzuliefern, kamen in Basel 235 Kleinkaliberwaffen und 40 Gewehre zum Vorschein; doch war jederzeit mit Waffennachschub aus Deutschland zu rechnen, so dass sorgfältig vorbereitete Abwehrmassnahmen bestimmt gerechtfertigt waren. Wohl wollten die eidgenössischen Behörden, Hitlers berüchtigte Stimmungsschwankungen befürchtend, sich nicht zu einem Verbot der deutschen nationalsozialistischen Organisationen entschliessen. Indessen wurden in allen Kantonen ausführliche Verzeichnisse über die politische Tätigkeit aller Ausländer geführt und nach den eingehenden Meldungen immer wieder ergänzt. So war es möglich, für den Kriegsfall Haftbefehle gegen gefährliche

Ausländer, aber auch gegen des Verrates verdächtige Schweizer vorzubereiten. Im Grossen Rat des Kantons Baselstadt wurde am 25. April 1940 ein Anzug F. Schneider, der den Ausschluss aller des Frontismus verdächtigen Offiziere aus der Armee und ein Verbot der ausländischen nationalsozialistischen und fascistischen Vereinigungen forderte, dringlich behandelt und von der Regierung entgegengenommen, ebenso ein Anzug von Nationalrat Dr. V. E. Scherer, durch den eine Vermehrung des Personals bei der Politischen Polizei verlangt wurde.

Besondere Aufmerksamkeit schenkte die Politische Polizei unseres Kantons der Abwehr ausländischer Spionage- und Spitzeltätigkeit. Wenn auch auf wirtschaftlichem Gebiet beide Mächtegruppen spionieren liessen, so handelte es sich doch bei beinahe allen der aufgedeckten militärischen Spionagefälle zum Nachteil unseres Landes um deutsche Auskundschaftung. Der bundesrätliche Bericht über die antidemokratische Tätigkeit von Schweizern und Ausländern hält zu diesem Punkt unter anderem fest:

> «Von keinem andern Land, auch von Italien nicht, wurde eine so systematisch organisierte, gegen uns gerichtete militärische Spionagetätigkeit entfaltet wie vom nationalsozialistischen Deutschland... In Deutschland waren es sowohl Militär- als auch Polizei- und Parteistellen, die sich für die Vorgänge und Verhältnisse militärischer, politischer und wirtschaftlicher Art in der Schweiz interessierten.»

Das Spionagenetz, bereits vor dem Kriegsausbruch durch Gesandtschaft und Konsulate aufgebaut, wurde in den Kriegsjahren über die ganze Schweiz ausgebreitet. In die Spionageorganisationen liessen sich sowohl Parteimitglieder als auch Nichtmitglieder bereitwillig aufnehmen, wobei gewöhnliche Gewinnsucht oder auch Pflichtgefühl gegenüber dem nationalsozialistischen Staat ausschlaggebend sein mochten. Es gibt keinen Zweifel darüber, dass während der Kriegsjahre Hunderte von Personen im Dienste der deutschen Spionage standen, die sich von blosser Gesinnungsschnüffelei bis zur verbrecherischen Militärspionage erstreckte. Als eines der bedeutenden Zentren dieser staatsgefährlichen Tätigkeit galt die Grenzstadt Basel, boten sich doch gerade hier, zum Beispiel im Badischen Bahnhof, im Deutschen Konsulat und später auch im Deutschen Heim an der St. Albanvorstadt, besonders günstige Aktionsmöglichkeiten.

Welche Konsequenzen zog die schweizerische Armeeleitung im April 1940 aus den übeln Erfahrungen Dänemarks und Norwegens, aus der immer stärker werdenden deutschen Spionagetätigkeit in unserem Land, und schliesslich aus dem umfassenden Feldzug der deutschen Presse gegen die Schweiz? Bereits zu Beginn des Jahres war durch die Schaffung des

4. Armeekorps eine dichtere Besetzung des am meisten gefährdeten Abschnittes an der untern Aare möglich geworden. Nun erhielt die Nordfront auf Kosten der westlichen Zone eine weitere Truppenverstärkung, und die Aufstellung einer einsatzbereiten Division Gempen, im wesentlichen aus den Formationen der Grenzbrigade 3, wurde ins Auge gefasst. Überall warnten Plakat- und Maueranschläge betitelt «Weisungen des Bundesrates und des Generals über das Verhalten bei feindlichem Überfall». Die wichtigsten Stellen darin lauteten:

> «Wenn durch Radio, Flugblätter und andere Mittel Nachrichten verbreitet werden sollten, die den Widerstandswillen von Bundesrat und Armeeleitung anzweifeln, so sind solche Nachrichten als Erfindung der feindlichen Propaganda zu betrachten.
> Unser Land wird sich gegen jeden Angriff mit allen Mitteln und aufs äusserste verteidigen. Die Zivilbevölkerung hat in einer solchen Lage Ruhe und Ordnung zu bewahren, sich in ihren Wohnungen oder Arbeitsplätzen aufzuhalten, alle Strassen und Plätze zu räumen und den Anordnungen der gesetzmässigen Behörden vollen Gehorsam zu leisten.»

Dem Bundesratsbeschluss über die Evakuation der Zivilbevölkerung gemäss wurden von der Zentralstelle für Evakuation in Basel Vorbereitungen für die Übersiedlung von rund 40000 Einwohnern unserer Stadt, vornehmlich Frauen, Kindern und Greisen, in den Kanton Waadt getroffen. In seinen «Weisungen an die Bevölkerung für den Fall einer drohenden Kriegsgefahr oder eines Krieges» unterschied der Regierungsrat, von der militärisch befohlenen Evakuation abgesehen, zwei Arten der freiwilligen Evakuation im Falle drohender Kriegsgefahr, nämlich die individuelle und dann die organisierte Abwanderung für die Hilflosen. Er bemerkte dazu:

> «Im Interesse der Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens ist es auch bei drohender Kriegsgefahr Pflicht aller mit dem Wirtschaftsleben in irgendeiner Weise verbundenen Personen, am Wohnort zu verbleiben. Der Regierungsrat appelliert daher schon jetzt an die Bevölkerung, diesem Gebot Folge zu leisten, wenn einmal der Fall drohender Kriegsgefahr eintreten sollte. Immerhin ist eine freiwillige Abwanderung und die Aufnahme der Abgewanderten in einem andern Landesteil im Falle drohender Kriegsgefahr unter Vorbehalt der Weisung der kantonalen Arbeitseinsatzstelle zulässig. Die freiwillige Abwanderung kann nur bis zu einem vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten liegenden und vom Armeekommando festzusetzenden Zeitpunkt erfolgen. Die Behörden werden die Bevölkerung orientieren.»

Unvergänglich bleibt die Erinnerung an jenen 10. Mai 1940, der schreckliches Unheil über ganz Westeuropa brachte. Mit einer Wucht ohnegleichen rannte eine Vielzahl deutscher Divisionen, besonders gefährlich die Panzer-

einheiten, gegen das nicht allzu starke Verteidigungssystem Frankreichs und der drei niederländischen Kleinstaaten an. Wie 1914 wurden wieder kleine Völker das erste Opfer des Vorstosses; die Niederwerfung Frankreichs und Englands war das Endziel. Obschon sich im Grunde nur wiederholte, was bereits vor einem Monat im Norden geschehen war, löste der deutsche Angriff gegen Belgien, Holland und Luxemburg auch in unserer Bevölkerung schmerzliche Überraschung, ja noch mehr eigentliche Entrüstung und Abscheu aus. Sie galt ebensosehr der Verletzung der Rechte dieser Kleinstaaten an sich, als auch der Art und Weise, wie sie vorbereitet und begründet wurde. Mit geballten Fäusten sassen an jenem Tag manche am Radioapparat, um Nachrichten über die sensationellen Vorgänge am untern Rhein und in den Ardennen zu hören. Albert Oeri nahm in seinem Tagesbericht der «Basler Nachrichten» vom 11./12. Mai Bezug auf die dem Angriff vorausgeschickten Beteuerungen der deutschen Propaganda, wonach die Engländer den Deutschen ganz ohne Grund Angriffsabsichten gegen Holland in die Schuhe hätten schieben wollen, und antwortete darauf:

> «Wer hat nun gelogen, und wer hat gerufen «Haltet den Dieb», als er schon die Leiter für den Einbruch angestellt hatte? Die britischen Pläne im Südosten Europas haben sich als Dichtung erwiesen, die deutschen Angriffsabsichten gegen Holland als grausame Wahrheit. In ellenlangen Kundgebungen versuchen die verantwortlichen deutschen Stellen nachzuweisen, dass das Karnickel angefangen habe. Vergebliche Mühe! Alles, was gegen die Niederländer vorgebracht wird, beweist höchstens, dass das Karnickel nicht gar so dumm war, wie man es in Berlin gewünscht hätte, sondern sich auf derjenigen Flanke vorsah, auf der es jetzt tatsächlich angegriffen worden ist.»

Neben solchen noch massvollen Zeitungsstimmen gab es – unter dem Regime der Pressezensur eigentlich überraschenderweise – auch masslose, die ihrer Entrüstung offen genug Ausdruck verliehen. Erst eine Intervention der Presseoffiziere der Armee bewirkte eine gewisse Zurückhaltung. Die Basler «A-Z» bemerkte in einem redaktionellen Kommentar am 11. Mai:

> «Die Erregung, die unser Volk gestern packte, ist unbeschreiblich. Empörung und leidenschaftliche Erbitterung ob dem Einbruch in friedliche Länder riss die Menschen hin, trotzdem niemand überrascht war. Auch diesen Überfall hatte man längst zu den durchaus denkbaren Möglichkeiten gezählt. Die Sympathie zu den nun in die Hölle gestürzten Völkern ist in unserem Lande tief.»

Die Gefahr, in die unser Land durch die deutsche Offensive geriet, war so offensichtlich, dass die zweite Generalmobilmachung, die der Bundesrat am 10. Mai anordnete, beinahe zur Selbstverständlichkeit wurde. Die Möglichkeit eines französischen oder eines deutschen Flankenstosses durch die

Schweiz war imminent. Für die deutsche Entscheidung in Bezug auf einen Durchmarsch durch die Schweiz war in diesem Augenblick vor allem Erfolg oder Misserfolg der militärischen Aktionen in Belgien und Nordfrankreich massgebend. Darum verfolgten alle Schweizer, vom General bis zum einfachen Soldaten, vom Magistraten bis zum gewöhnlichen Bürger, mit grösster Spannung die Durchbruchsschlacht der deutschen Panzereinheiten im flandrischen Gelände. Dort wurde wohl das Schicksal der Schweiz mitentschieden, darüber liessen die bedrohlichen deutschen Truppenansammlungen im südlichen Schwarzwald keinen Zweifel offen. Der General hält in seinem Bericht an die Bundesversammlung dazu fest: «Il y avait des indices de préparatifs qui pouvaient être dirigés contre nous: ni plus, ni moins.»

Basel verwandelte sich unmittelbar nach der allgemeinen Mobilmachung in ein Heerlager. Das Quartieramt hatte die schwere Aufgabe, innert zwei Tagen 12000 Mann in der Stadt unterzubringen und für weitere 5000 vorsorglicherweise Unterkunftsmöglichkeiten vorzubereiten. Den Bewohnern aller jener Häuser, die als taktische Objekte in Betracht kommen konnten, wurde vertraulich eröffnet, dass sie eventuell ins Gundeldingerquartier evakuiert werden müssten. Um den Kampf gegen die raumfressenden Panzerarmeen zu erleichtern, wurden wo tunlich schwere Barrikaden errichtet und die Infanteristen mit Minen ausgerüstet. Während der Nacht blieben noch zwei Durchgänge über die Rheinbrücken nach Kleinbasel offen, damit wenigstens die Feuerwehr im Notfall freie Fahrt hatte. Gleichzeitig bemühten sich die Behörden, allen Schwierigkeiten zum Trotz die Zivilbevölkerung soweit als nur möglich ihr Leben im bisherigen Rahmen weiterleben zu lassen. Schul- und Universitätsbetrieb erlitten keinen Unterbruch, die Tageszeitungen erschienen täglich zu gewohnter Stunde, die Eisenbahnzüge verkehrten nach Kriegsfahrplan pünktlich, und die Post bediente ihr Publikum, wenn auch bei beschränkter Betriebszeit, wie immer zuverlässig.

Unverkennbar lösten die in Belgien und Frankreich vielfach erfolgreichen Unternehmungen der Fünften Kolonne tiefe Beunruhigung in unserer Bevölkerung aus. Gerüchte, ausgestreut von gedankenlosen Schwätzern, aber auch von unheimlichen Elementen, machten die Runde in unserer Stadt. Darauf spielte der Bundespräsident in seiner Radioansprache vom 10. Mai an, wenn er abschliessend die Bürger mahnte:

> «Misstraut den Sensationsnachrichten! Der Nervenkrieg ist der gefährlichste. Bewahrt vor phantastischen und heimtückischen Gerüchten Euren kritischen Sinn! Glaubt nicht daran und verbreitet sie vor allem nicht weiter! Wir selbst werden Euch die Wahrheit sagen. Vertraut auf die Behörden! Sie wachen.»

Am 12. Mai erhielten die Territorialkommandanten in den «Weisungen für die Organisation von Massnahmen gegen Saboteure, Luftlandetruppen und durchgebrochene Panzertruppen» unter anderem den Auftrag, zur Bildung von freiwilligen Ortswehren aufzurufen. Dabei wurde sowohl an die Schaffung von Nachrichten- und Sabotageorganisationen für besetzte Gebiete als auch an Gruppierungen zur Bekämpfung von Fallschirmabspringern und Saboteuren gedacht. Innert kürzester Frist meldeten sich auch in Basel mehrere hundert Nichtdienstpflichtige und bereits aus der Dienstpflicht Entlassene, dann aber ebenfalls vom Militärdienst Dispensierte und Frauen zur Aufnahme in die Ortswehr. Wer schiessen kann, soll sich melden, wer es noch nicht kann, muss es rasch lernen! So lautete die in der Presse verbreitete Losung der Stunde.

Den Höhepunkt erreichten die Befürchtungen der Zivilbevölkerung in der Nacht vom 14. auf den 15. Mai, gerade zu jenem Zeitpunkt, da sich an der Westfront entscheiden musste, ob der deutsche Durchbruch gelingen werde. Während die Armee, in höchster Alarmbereitschaft, ihre Stellungen bezogen hatte, bemächtigte sich ganzer Bevölkerungsteile in den meistgefährdeten Gebieten an der Nordgrenze, so auch in Basel, eine unheilvolle Aufregung, die in vielen Haushaltungen zur Panik wurde. Manche glaubten, keinen festen Boden mehr unter ihren Füssen zu haben, verzweifelten bereits jetzt an der Möglichkeit einer erfolgreichen Verteidigung gegen einen deutschen Angriff und strebten danach, unsere Stadt auf dem kürzesten Weg und mit allem Nötigen versehen zu verlassen. Die Behörden warnten die Bevölkerung vor überstürzten Hamsterkäufen und drohten Käufern und Verkäufern mit gerichtlicher Verfolgung. Während sich auf den Ausfallstrassen eine lange, ununterbrochene Kolonne, bestehend aus hochbeladenen Automobilen langsam Richtung Innerschweiz vorwärtsbewegte, wurden die Billet- und Gepäckschalter am Bundesbahnhof stundenlang von Scharen ungeduldiger Reisender belagert. Die gefährliche Stimmung, welche alle diese Quasi-Flüchtlinge ergriffen hatte, brachte die «National-Zeitung» unter dem Titel «Zum Tagesgeschehen» mit folgenden Worten zum Ausdruck:

> «Mit der grossen Wendung vom Sitzkrieg zum Blitzkrieg hat auch die Spannung des Nervenkrieges ein Maximum erreicht. Denn jetzt weiss niemand mehr, wann, wo und wie der Blitz einschlägt.»

Wo lag die Ursache dieser offensichtlichen innern Unsicherheit der Basler Bevölkerung? Da gab es einen ganz realen Hintergrund: die aufs Äusserste gestiegene Angriffsgefahr, der die Schweiz, und hier Basel ganz besonders, in der Nacht vom 14. zum 15. Mai ausgesetzt war. Das Stadtkommando

rechnete, gestützt auf Meldungen des militärischen Nachrichtendienstes, stündlich mit einem deutschen Angriff und traf in höchster Alarmbereitschaft die nötigen Abwehrmassnahmen, Vorbereitungen, die in einer grossen Stadt natürlich nicht unbemerkt bleiben konnten. Dass in dieser Situation Gerüchte entstehen mussten, war beinahe unvermeidlich. Ungewissheit bestand dann auch über die Notwendigkeit einer Evakuation der Bevölkerung. Die freiwillige Abwanderung, die hier, wie übrigens auch ausserhalb Basels einsetzte, entsprach offenbar den Intentionen der Behörden. Der Regierungsrat hatte früher bereits auf diese Möglichkeit hingewiesen und hinderte nun auch die Abwandernden keineswegs in ihrem Tun. Die Truppen der Stadtgarnison begrüssten die freiwillige Evakuation, da sie sich der schweren Gefährdung ihrer Familien, ihrer Mitbürger bewusst waren, falls es zu einem Kampf um die Rheinübergänge, sozusagen im Herzen der Stadt, kommen sollte.

Es verdient, hervorgehoben zu werden, dass die Armee in diesen spannunggeladenen Stunden mit erstaunlicher Gelassenheit dem Schicksal entgegensah, das unserem Lande zugedacht war. Zwar blieb die Front im Oberelsass zunächst stabil, noch kündete kein Kanonendonner vom nahen Kriegsgeschehen, und doch war ein Angriff zu erwarten. «Nie waren wir dem Kampf so nahe», erklärte später General Guisan. In seinem Armeebefehl vom 15. Mai betonte er:

> «Überall dort, wo Halten befohlen ist, macht es sich jeder Kämpfer, auch wenn er auf sich allein angewiesen ist, zur Gewissenspflicht, auf der ihm zugewiesenen Stelle zu kämpfen. Die Schützentrupps, ob überholt oder umzingelt, kämpfen in ihren Stellungen bis keine Munition mehr vorhanden ist. Dann kommt die blanke Waffe an die Reihe.»

In diesem Augenblick trug auch die Politische Polizei höchste Verantwortung. Täglich gingen bei ihr allein aus dem Kanton Basel-Stadt rund 200 Anzeigen gegen tatsächlich oder angeblich verdächtige Deutsche ein. Diese zu sichten, zu untersuchen, Nutzloses von Brauchbarem zu scheiden, war eine heikle Aufgabe. Zuhanden des Polizeiinspektorates wurde ein Verzeichnis von rund 400 Personen zusammengestellt, die bei der ersten Kriegshandlung sofort zu verhaften waren. Bereits waren die Polizeibeamten bezeichnet, denen dieser Auftrag erteilt wurde, und die Transportmittel standen zur Verfügung. Um die Mobilmachungsmassnahmen in der Grenznähe besser zu sichern, wurde für den Kriegsfall die Verhängung des Belagerungszustandes innerhalb der Stadt vorgesehen.

Mit dem deutschen Durchbruch bei Sédan und der allmählichen Aufrollung der französischen Front schwand zwar fürs erste die schlimmste

Bedrohung unseres Landes und mit ihr auch die durch die Augenblicksstimmung bedingte panische Angst mancher Bewohner der Grenzgebiete; an ihre Stelle trat nun latente Furcht, immer deutlicher, je näher die Niederlage der französischen Armee rückte. Auf Frankreich ruhten die Hoffnungen aller, die ein Ende der Hitler-Tyrannei ersehnten. Frankreich verkörperte als kontinentale Grossmacht für viele den westlich-demokratischen Staatsgedanken und sozusagen die letzte Schranke gegen den endgültigen Triumph des totalitären Machtwahns. Dieses Frankreich stand nun im Begriffe zusammenzubrechen, weniger weil es militärisch nicht gerüstet gewesen wäre, als aus Mangel an geistiger und moralischer Widerstandskraft; in der Maginot-Linie-Psychose wurde der Befestigungsgürtel zur französischen Landesverteidigung selbst, statt bloss ein Teil davon zu sein. Dazu kam das Versagen weiter Kreise des französischen Grossbürgertums, die aus Furcht vor der Volksfront bereit waren, mit Hitler zu paktieren. Ohne damit der unbedingt neutralen Stellung des eidgenössischen Staates Abbruch zu tun, wandten in Basel wie auch in der übrigen Schweiz die Bürger in ihrer überwiegenden Mehrheit ihre Sympathien Frankreich zu. Von einem Riss, wie er während des ersten Weltkrieges die Schweizer in zwei Lager getrennt hatte, war nichts zu erkennen. Je wahrscheinlicher nun der militärische Zusammenbruch der Französischen Republik in den Mai- und Junitagen 1940 wurde, desto stärker drängte sich die Frage auf: Was nachher?

In diesen Tagen der grossen Entscheidung, da manche über die Frankreich-Karte gebeugt, nach den fortlaufenden deutschen Siegesmeldungen die Frontlinie immer tiefer nach Frankreich hinein verschoben, zeichneten sich auch im Oberelsass die ersten militärischen Operationen dieses Krieges ab. Die Grossratssitzung vom 30. Mai stand noch immer im Zeichen der überstürzten Evakuationen in der Monatsmitte; wenngleich inzwischen ein grosser Teil der damals Geflüchteten wieder nach Basel zurückgekehrt war, so hatte die Massenbewegung doch vor allem bei den zum Zurückbleiben Gezwungenen einen bedenklichen Eindruck hinterlassen. Daneben überstieg auch die Zahl derjenigen, die damals ihren Wohnsitz dauernd von Basel nach andern Gegenden der Schweiz und nach Übersee verlegten, das normale Mass der üblichen Wanderbewegung bei weitem. Es handelte sich nach den Angaben des Statistischen Amtes in den Monaten Mai und Juni um über 2000 Personen, von denen allerdings ohne Zweifel ein Teil nur aus wirtschaftlichen Gründen unsern Kanton verliess. Auf dem Grundstück- und Baumarkt herrschte sozusagen völliger Stillstand. Regierungsratspräsident Dr. C. Ludwig erklärte vor dem Grossen Rat:

«Die Beunruhigung, die in den Tagen der grössten Spannung auch in unserer Stadt einzelne Teile der Zivilbevölkerung ergriffen hat, ist inzwischen wieder

gewichen. Allerdings verkennt niemand die völlige Ungewissheit der Zukunft und die in dieser Ungewissheit liegenden mannigfaltigen Gefahren.
Die in der Pfingstwoche einsetzenden Abwanderungen sind auf Grund eigener Entschlüsse erfolgt. Der Regierungsrat hat sie weder gehindert noch gefördert. Zu einer Auslösung der staatlich organisierten Abwanderung haben wir uns nicht veranlasst gesehen.»

Vom militärischen Gesichtspunkt aus ermahnte der neue Grossratspräsident Dr. E. Dietschi in seiner Antrittsrede die Bevölkerung mit folgenden Worten:

«Heute ist Solidarität erstes Gebot. Der Soldat an der Grenze wird durchhalten, komme, was da kommen mag. Notwendig ist, dass das Volk mit gleicher Zuversicht, Ruhe und Besonnenheit dem Beispiel der Armee folgt und im Rücken unserer Soldaten seine Nerven nicht verliert.»

In der ersten Juniwoche erfüllte sich das schlimme Schicksal Frankreichs: seine Armeen wurden am linken Flügel von den deutschen Panzerdivisionen eingekreist, eine Gefahr, die sich schon lange abgezeichnet hatte. Von den Baselbieter Beobachtungsposten aus war der Abzug des VII. französischen Armeekorps aus der Burgunderpforte zu verfolgen. Durch die Panzerkräfte des Generals Guderian wurden die Einheiten der VIII. französischen Armee in den Vogesen bedroht; Teile der 67. französischen Division, der 2. polnischen Division und der 2. Brigade der Spahis zogen sich auf die Schweizergrenze zurück und wurden dort interniert. Schwerer Kanonendonner, der in Basel zwischen dem 8. und dem 19. Juni immer wieder zu allen Tages- und Nachtzeiten erdröhnte, erinnerte unsere Bevölkerung an die kriegerischen Vorgänge in der elsässischen Nachbarschaft. Täglich überflogen ganze Geschwader deutscher Bomber und Jäger, von Basel aus deutlich sichtbar, in westlicher Richtung den Rhein unterhalb der Dreiländerecke.

Schweizerischerseits erforderte die neue Kriegslage in Nordfrankreich, dann aber auch im Oberelsass veränderte Dispositionen. Nach der Umfassung der französischen Streitkräfte auf ihrem linkel Flügel formierte die schweizerische Armeeleitung die Division Gempen (11. Juni) zur Verstärkung des Verteidigungsdispositivs im Zentrum und verlängerte gleichzeitig die Abwehrfront gegen Westen. Da die Gefahr von Seiten der Deutschen jetzt auch vom französischen Territorium her drohte, wurde das Schwergewicht der schweizerischen Verteidigungsstellung etwas nach Westen verschoben. Einen neuen Höhepunkt erreichte die Bedrohung der schweizerischen Grenze am 15. Juni; gleichzeitig ergriff eine zweite Gerüchtewelle, offenbar durch die internierten französischen und polnischen Soldaten

erzeugt, einen Teil unseres Volkes. In Basel zirkulierten unsinnige Nachrichten über angebliche Kapitulationsverhandlungen zwischen dem Bundesrat und deutschen Stellen.

Am 22. Juni wurde im Wald von Compiègne das Waffenstillstandsabkommen von den französischen Unterhändlern unterzeichnet, und mit dieser Niederlage Frankreichs fand der Kontinentalkrieg im Westen ein unerwartet rasches, mindest vorläufiges Ende. Als Letzte hatten die Besatzungen der Werke in der Maginotlinie den Kampf aufgegeben; so fielen die Gebiete von Elsass-Lothringen bis zur Schweizer Grenze zwischen Basel und der Ajoie erst wenige Tage vor der Kapitulation in die Hände der Deutschen, während diese den westlichen Juraabschnitt bei Genf schon einige Zeit früher erreicht hatten.

Die Waffenniederlegung Frankreichs bedeutete für manche auch in unserer Stadt den Zusammenbruch einer Welt, und zwar vom militärischen wie vom politischen Gesichtspunkt aus betrachtet. Seit den napoleonischen Kriegen hatten wir mit einem Mächtegleichgewicht im zentraleuropäischen Raum rechnen dürfen, und nun war die Schweiz beinahe unversehens nur noch von einer Mächtegruppe umgeben, sozusagen eingeschlossen und ohne Verbindung mit dem andern kriegführenden Lager, daher im Kriegsfall militärisch ganz auf sich selbst angewiesen. Bestand überhaupt noch ein Gegengewicht gegen die Übermacht der Achsenstreitkräfte? Politisch hatte der Waffenstillstand einen Sieg der Europa-Konzeption Hitlers zur Folge. Gab es in diesem der Diktatur verfallenen Europa noch einen Platz für eine demokratische Insel, wie sie die Schweiz damals darstellte?

Unser Land stand vor einer einzigartigen Situation: was seit Jahrhunderten seine Lebensform bestimmt hatte, schien mit einem Schlag wert- und sinnlos geworden zu sein. Gerade in der Grenzstadt und Handelsmetropole Basel, deren Bevölkerung von jeher besonderes Gewicht auf internationale Beziehungen legte, empfand man die militärische Einschliessung der Schweiz, ihre Trennung von den bedeutenden Handelsmeeren und die geistige Entfernung von den atlantischen Staaten als besonders beängstigend.

Kritische Monate

Die Machtverschiebung, die durch die militärische Niederlage Frankreichs offenbar geworden war, bewirkte eine Verschärfung der Spannung im deutsch–schweizerischen Verhältnis; denn nun meldete die nationalsozialistische Führung, machtbesessen wie noch nie zuvor, mit grösserem